

Bern, 29. November 2017

An ausgewählte Medien
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Kohäsionsbeitrag für EU-Staaten muss verhindert werden

Die Schweizer Demokraten (SD) sind aufs Schärfste empört über die Absicht des Bundesrats, den EU-Staaten einen Beitrag von 1,3 Milliarden Franken zu entrichten. Vor ungefähr zehn Jahren versicherte man dem Schweizer Volk, dass die damals ausgezahlte Kohäsionsmilliarde eine einmalige Hilfeleistung sei. Da der Bundeshaushalt zurzeit stark unter Druck gerät und sich sämtliche politische Vertreter berechnete Sorgen um die Altersvorsorge machen, muss eine Ausgabe in dieser Höhe als zutiefst verantwortungslos bezeichnet werden. Einmal mehr beweist der Bundesrat seine Unterwürfigkeit gegenüber der EU, zumal man bereits bei der Masseneinwanderungsinitiative zurückkrebste. Eine Gegenleistung zum Ostbeitrag seitens der EU bleibt aus. Im Jahr 2006 waren die Schweizer Demokraten (SD) Referendumsführer gegen die Ostmilliarde. Ein solches Referendum ist auch diesmal unabdingbar.

Schweizer Demokraten (SD)
Adrian Pulver
SD-Geschäftsführer